

## **Leserbrief unseres Mitglieds Jürgen Vöckel:**

Der Verfasser des Artikels ist Jahrgang 1962 und das merkt man seiner Auffassung über Informationsveranstaltungen öffentlicher Verwaltungen an. Das in den 60ern noch übliche Verhältnis zwischen Obrigkeit und Bürgern, wonach die einen ihre Absichten darstellen und die anderen ergeben zuhören und allenfalls noch Verständnisfragen stellen, gibt es heute zum Glück nicht mehr. Der Bürger ist heute mündig und will diskutieren.

Nachdem Pressesprecher Michaelis mit dem Hinweis eingeführt hatte, dass die Veranstaltung bis 19.30 Uhr gehen solle, wurde die Zeit bis dahin allein mit den Vorträgen der beiden Leiter des Rechts- und des Straßenverkehrsamtes verbraucht. Und als Herr Michaelis den 300 Anwesenden dann gnädig noch 30 Minuten für Nachfragen einräumte, sank die Stimmung natürlich auf den Nullpunkt. Ein unmöglicher Umgang mit mündigen Bürgern, die ihre städtische Lebensqualität mitgestalten wollen. Und das Schlimmste ist, Herr Michaelis hat das auch noch ungeachtet aller Proteste mit der provozierenden Bemerkung „Doch, ich kann das“ gnadenlos durchgezogen, die Veranstaltung also quasi abgebrochen.

Dabei war der Vortrag von Herrn Beth über die Auffassung des Rechtsamtes zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zwar inhaltlich interessant, aber weitgehend überflüssig, da die Juristin des Radentscheids eine andere vertritt. Und bei unterschiedlichen juristischen Auffassungen entscheiden in Deutschland letztlich Gerichte. Das hätte man nach einer Viertelstunde feststellen und die Diskussion beenden können.

Die eigentlich interessante Frage, warum die Stadt trotz des vielfach bekundeten Willens zur stärkeren Förderung des Radverkehrs so wenig Geld (0,5 Mio Euro, die sich durch erhoffte Zuschüsse auf 1,5 Mio Euro vermehren sollen) und Personal (2 zusätzliche Stellen 2020) einsetzen will, blieb dagegen unbeantwortet. Weitgehend wurde weiter an der Legende gestrickt, die Stadt würde künftig 4,5 Mio Euro investieren (die von einer unkritischen Presse weiterverbreitet wird). Dabei wird einfach die Behauptung aufgestellt, vom Straßenbau-Etat von 15 Mio Euro kämen 20%, also 3,0 Mio Euro, dem Radverkehr zugute. Da werden dann geplante Maßnahmen ins Feld geführt wie die Einrichtung einer Radstätte am Radweg Deutsche Einheit oder die Asphaltierung des Fußweges am Auedamm, den sich die Radler und Fußgänger dann teilen sollen. Beides ist für den Alltagsradverkehr völlig ohne Bedeutung.

Oder die Sanierung des Wolfsgrabens und der Bürgermeister-Brunner-Straße für den Autoverkehr. Da werden dann am Ende eine bzw. zwei unterbrochene weiße Linien, die vom Autoverkehr überfahren werden dürfen, auf die Fahrbahn gemalt. Die werden flugs als Radwege bezeichnet und reichen für die Behauptung, damit seien 20% der Investitionen, also 465.000 Euro, in den Radverkehr geflossen.

Die einzig konkrete Zahl für Radwege steht im beschlossenen Haushalt der Stadt für 2019: 0,00 Euro.

Wenn man so mit seinen mündigen Bürgern umgeht, muss man sich nicht wundern, wenn die einem nichts mehr glauben und sauer werden. Und das sind nur einige Beispiele von vielen.